

Die unterschiedlichen außenpolitischen Positionen der ukrainischen Elite

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1999). *Die unterschiedlichen außenpolitischen Positionen der ukrainischen Elite*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 14/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47898>

Nutzungsbedingungen:

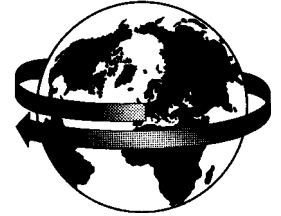
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 14/1999

23. April 1999

Die unterschiedlichen außenpolitischen Positionen der ukrainischen Elite

Zusammenfassung

Weder in der ukrainischen politischen Elite noch zwischen den staatlichen Machtinstitutionen (Legislative und Exekutive) gibt es Konsens hinsichtlich der außenpolitischen Strategie. Vor dem Hintergrund des Präsidentschaftswahlkampfes wird untersucht, wie die zentralen ukrainischen politischen Akteure, die zum engsten Kreis der Präsidentschaftskandidaten gehören, die Beziehungen zu Rußland und zum Westen sehen. Zu der "klassischen" Auseinandersetzung zwischen den Linken, die sich nach Rußland orientieren, und den Rechten, die prowestlich ausgerichtet sind, kommt in der letzten Zeit der Streit zwischen dem Parlament und dem Präsidenten um die außen- und sicherheitspolitischen Befugnisse hinzu. Darüber hinaus nimmt das Mißtrauen gegenüber dem Westen allmählich auch in der ukrainischen politischen Mitte zu. Diese Tendenz dürfte sich seit Beginn des Krieges der NATO gegen Jugoslawien verstärken und damit das Erscheinungsbild des Westens in der Ukraine nachhaltig prägen.

Fragestellung

Durch die am 12. März 1999 vollzogene NATO-Osterweiterung kam es für die Ukraine zu einer völlig neuen außen- und sicherheitspolitischen Lage: Die Ukraine grenzt jetzt unmittelbar an zwei NATO-Staaten – Polen und Ungarn. Durch den am 24. März 1999 begonnenen Krieg der NATO gegen Jugoslawien vergrößerte sich das Dilemma, in dem sich die ukrainische Elite befindet: weitere Orientierung in Richtung NATO und EU oder Umorientierung in Richtung Rußland und "slawische Union". Dafür ist es wichtig, die Ansichten der maßgebenden ukrainischen Politiker hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung des Landes zu untersuchen. In den Diskussionen innerhalb der ukrainischen politischen Elite über die außenpolitische Strategie wird oft undifferenziert vom "Westen" gesprochen. Darunter versteht man nicht nur die Staaten Nordamerikas und Westeuropas, sondern auch die militärischen und wirtschaftlichen Strukturen, die von diesen Ländern gebildet wurden (vor allem NATO und EU) sowie oft auch internationale Organisationen (wie Europarat, IWF oder die Weltbank).

Die Außenpolitik aus dem Blickwinkel der Parteien

Die Linken nehmen radikal antiwestliche Positionen ein. Besonders scharf wird der Westen von der KPU und der PSPU kritisiert. Die SPU und die SelPU sind zwar konstruktiver eingestellt und schlagen moderatere Töne an, sind aber ebenfalls prorussisch und proslawisch orientiert. Unter den

Präsidentenskandidaten sind vier linksorientierte Bewerber, die jeweils eine der oben erwähnten Parteien repräsentieren.

Die linken Politiker werfen Präsident Kučma vor, die Ukraine in den letzten Jahren in die Abhängigkeit vom IWF, von der Weltbank und von anderen internationalen Finanzorganisationen geführt zu haben. *Natalija Vitrenko*, Vorsitzende der äußerst linken PSPU, fordert den Abbruch der Beziehungen zum IWF und das Einfrieren der ukrainischen Auslandsschulden.¹ Diese Organisationen seien Instrumente des Weltkapitalismus, der versuche, sich die Ukraine politisch zu unterwerfen und wirtschaftlich auszuplündern. *Petro Symonenko*, der KPU-Vorsitzende und Präsidentenskandidat, wiederholt die Thesen von rußländischen Kommunisten. Er sieht die Programme des IWF und der Weltbank in der Ukraine gegen die Interessen "unseres Volkes" gerichtet. Die "Amerikanisierung" der ukrainischen Gesellschaft verstärke die sozialen Probleme, wie z.B. Drogenabhängigkeit und Prostitution. "Nicht der Westen investiert in uns, sondern wir in den Westen, indem er unsere Intellektuellen abwirbt" (*utečka mozgov*).²

Den Westen als Bösewicht und Feind darzustellen, ist nur ein Teil der linken Strategie. Den anderen Teil macht die Kritik an Kučma und der Regierung aus, die beschuldigt werden, einen "prowestlichen" und "volksfeindlichen" Kurs zu verfolgen sowie die ukrainische Unabhängigkeit preiszugeben. Der ukrainische Präsident sei nicht nur ein willfähriger Gehilfe des Westens, insbesondere der USA; er betreibe den Ausverkauf der Ukraine. "Die Grundlagen der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie konkrete politische und ökonomische Beschlüsse werden nicht von der Verchovna Rada (VR), wie dies die Verfassung vorsieht, sondern vom amerikanischen Präsidenten, Vize-Präsidenten oder Kongreß definiert", so *Symonenko*. "Die Ukraine mußte auf Druck der USA auf die Lieferung von Turbinen für ein Atomkraftwerk im Iran verzichten, was zum Verlust von mehreren Hundert Mio. US-\$ führte. Wie kann unter diesen Umständen von Souveränität und Unabhängigkeit die Rede sein?"³

Auch der gemäßigte Linke, *Oleksandr Moroz*, SPU-Führer und aussichtsreicher Präsidentenskandidat, sieht in der heutigen ukrainischen Exekutive "Emissäre des Westens", der zwar Hilfe verspricht, in Wirklichkeit aber versucht, die "Ukraine in ein koloniales Anhängsel zu verwandeln". Als Belege dafür nennt Moroz die Waffenexportpolitik des Westens, der der Ukraine den Zugang zum Waffenmarkt erschwert, und die kritische Haltung des Europarats gegenüber der Ukraine wegen mangelnden Demokratie.⁴ In den Forderungen des Europarats (des "Westens") nach Abschaffung der Todesstrafe in der Ukraine wittert er die Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Der Parlamentsvorsitzende *Oleksandr Tkačenko* (SelPU) setzt neue Akzente sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik. Rußland erklärt er zum strategischen Partner und ruft dazu auf, eine gemeinsame Strategie mit Rußland gegenüber der NATO auszuarbeiten. Seine Position ist widersprüchlich. Einerseits plädiert er für eine enge wirtschaftliche, politische und militärische Union, für einen gemeinsamen Wirtschafts- und Informationsraum sowie für eine einheitliche Währung für Rußland und die Ukraine, für die gemeinsame Schwarzmeerflotte sowie für ein gemeinsames Verteidigungssystem. In der wirtschaftlichen Integration von Rußland, Belarus' und der Ukraine sieht er den einzigen Ausweg aus der Krise, da die Märkte Rußlands und anderer GUS-Länder äußerst wichtig für die Ukraine sind. Andererseits unterstreicht er bei jeder Gelegenheit, daß alle drei Staaten ihre volle Souveränität beibehalten sollen. Auch eine politische Union zwischen den "slawischen Brüdern" will Tkačenko im Rahmen der ukrainischen Verfassung erreichen: "Wir werden keinen Millimeter von unserer Souveränität abrücken...Sevastopol' war, ist und bleibt ukrainisches Territorium. Dies ist eindeutig."⁵ Am 28. Januar 1999 unterstrich er in Minsk, daß die

¹ Kievskie vedomosti, 17.2.1999, S. 5.

² Den', 28.1.1999, S. 4.

³ Holos Ukrajinu, 19.1.1999, S. 7-8.

⁴ Holos Ukrajinu, 25.12.1998, S. 2.

⁵ Holos Ukrajinu, 4.2.1999, S. 2.

drei ostslawischen Länder mit ihren "slawischen Besonderheiten, nationalen Gesellschaftssystemen (ustroj) und ihrer spezifischen Ökonomie" einen schweren Weg nach Europa vor sich haben. "Für uns, die GUS-Staaten, ist das Drängen in die europäischen Strukturen in der Rolle von Gnadenbrotempfängern gefährlich. Solche Waghalsigen wird man dort ohne Zögern zu Lakaien machen." Er lobte die belarussische Führung dafür, daß sie nicht "auf die süßen Märchen aus Übersee über den Markt ohne Grenzen, über die Vorzüge der Privatisierung und die freien Preise gehört hat. Sie hat den richtigen Kurs auf die Verteidigung der nationalen Interessen genommen."⁶ Bei der Festigung der ukrainischen Souveränität und Unabhängigkeit soll man Tkačenko zufolge nicht den gemeinsamen Wirtschaftsraum und die slawischen Wurzeln verlieren.

Die Zentristen versuchen einen Spagat zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland und der politischen Kooperation mit dem Westen. Zu den bedeutenden zentristischen Parteien gehören in erster Linie die NDPU und die SDPU(o), die mit dem Sammelbegriff als "Partei der Macht" bezeichnet werden. Ohne einen eigenen Kandidaten aufzustellen, unterstützen sie den parteilosen amtierenden Präsidenten Leonid Kučma, der zum zweiten Mal antritt. Diesen Parteien gehören viele prominente Politiker und Geschäftsleute an, die einen Großteil der ukrainischen Elite bilden: Premierminister Valerij Pustovojtenko (NDPU), der Vize-Vorsitzende der VR Viktor Medvedčuk von der SDPU(o), viele Parlamentsabgeordnete, mehrere Gouverneure, Minister, stellvertretende Minister, hohe Beamte im Staatsapparat sowie Berater des Präsidenten. Die Ansichten der "Partei der Macht" über die ukrainische Außenpolitik lassen sich mit dem Wort "Balance" oder "Mehrgleisigkeit" (mnogoverktořnost') erfassen. Zum strategischen Ziel wurde einerseits die Integration in die europäischen politischen und wirtschaftlichen Strukturen erklärt, andererseits werden gleichberechtigte, partnerschaftliche Beziehungen zu Rußland angestrebt.

Die ukrainischen Politiker beschuldigen den Westen des Egoismus und der Ignoranz und versuchen damit ihre eigene Unfähigkeit oder ihren Unwillen zu verbergen, Wirtschaft und Gesellschaft zu reformieren. Der Westen sehe in der Ukraine nur einen Absatzmarkt für seine Waren, er habe kein Interesse, moderne Technologien in die Ukraine zu bringen. Deshalb sei es für die Ukraine, die keine Chance auf dem westlichen Markt habe, besonders wichtig, den postsowjetischen Wirtschaftsraum zurückzuerobern und die abgebrochenen Wirtschaftsbeziehungen zu den GUS-Ländern wiederherzustellen. *Leonid Kravčuk*, Ex-Präsident der Ukraine, führendes SDPU(o)-Mitglied und Parlamentsabgeordneter, kritisiert Kučma, weil er es zuläßt, daß sich die Ukraine dem IWF unterwirft. "Der IWF schreibt uns vor, wieviele Minister wir haben sollen. Früher hat dies das Politbüro des ZK der KPdSU getan, heute der IWF. Wir dagegen haben Angst, den IWF zu beleidigen."⁷

Die Kritik und der Druck aus dem Westen dämpfen die illusionären Erwartungen der ukrainischen Politiker und rufen bei ihnen zeitweilig den Verdacht hervor, in Europa nicht willkommen zu sein. Das wachsende Mißtrauen gegenüber dem Westen bedeutet aber nicht eine automatische Zunahme der prorussischen Stimmungen, kann aber unter Umständen zur Stärkung des ukrainischen Isolationismus und Nationalismus führen. Trotz prowestlicher Rhetorik der ukrainischen Verantwortlichen zeichnet sich immer deutlicher die Tendenz ab, die Ukraine sowohl vom eigennützigen Westen als auch vom unberechenbaren Rußland abzukoppeln, um keine ausländische Konkurrenz im Land zu dulden und um eine Privatisierung (was unter ukrainischen Bedingungen Umverteilung bedeutet) im eigenen Interesse durchzuführen. Viele zentristische Politiker und die ihnen nahestehenden Geschäftsleute (z.B. in der NDPU, SDPU(o), aber auch in der LPU und VOH) sind oft mit der Politik des Präsidenten unzufrieden; sie werfen ihm vor, daß er den westlichen Firmen zu viele Zugeständnisse macht, den ausländischen oder internationalen Unternehmen günstigere Bedingungen bietet und die heimische Industrie vernachlässigt. Diese Kräfte treten für die Privatisierung im Interesse ganz bestimmter heimischer Clans und "Holdings" ein, möglichst unter Ausschaltung des ausländischen Kapitals.

⁶ Holos Ukrajinjy, 29.1.1999, S. 2-3.

⁷ Kievskie vedomosti, 17.2.1999, S. 5.

Präsident *Leonid Kučma* deklariert zwar einen ausbalancierten außenpolitischen Kurs. "Ein Teil der ukrainischen Politiker befürwortet die Annäherung an die NATO und den Abbruch jeglicher Beziehungen zu Rußland. Ein anderer Teil sieht die Zukunft der Ukraine nur in der staatlichen Vereinigung mit Rußland, sogar in Form einer wiederbelebten Sowjetunion und will von einer Kooperation mit dem Westen nichts hören. Unsere Außenpolitik soll weder prowestlich noch prorussisch, sondern proukrainisch sein".⁸ Diese "proukrainische Politik" bedeutet aber nicht nur Distanzierung von Rußland, sondern birgt in sich die Gefahr einer Abschottung der Ukraine sowohl von Rußland als auch vom Westen und ermöglicht unter Umständen einen "ukrainischen Sonderweg".

Die zentristischen Politiker betonen immer öfter die Unterschiede zwischen dem Westen und der Ukraine. Kennzeichnend für viele ukrainische Politiker ist die Meinung des SDPU(o)-Vorsitzenden und Vize-Vorsitzenden der VR, *Viktor Medvedčuk*, der den Westen indirekt für das Scheitern der ukrainischen Reformen verantwortlich macht.

Der Westen mit seinem Reichtum und seinen Möglichkeiten ist schon längere Zeit einer der wichtigsten Akteure der ukrainischen ideologischen und politischen Mythologie: 'Der Westen hat mit uns Mitleid, er hilft uns, den guten Kapitalismus aufzubauen, er gibt uns alles, was wir für die Modernisierung unserer Wirtschaft benötigen, er öffnet für uns die Weltmärkte, er nimmt uns in die wohlhabende europäische Völkerfamilie auf.' Jetzt kommt die Ernüchterung: Für viele ist der Westen wieder zum Symbol des seelenlosen, harten und eigensinnigen Pragmatismus geworden. Der Westen ist aber derselbe geblieben: Er hatte und hat keine festen Freunde, er verfolgt nur eigene Interessen in der ganzen Welt. Sollen wir uns deshalb beleidigt fühlen, weil der Westen, die USA und der IWF versuchen, ihre Konkurrenten zu schwächen und die Weltwirtschaft zu kontrollieren? Wir werden wieder als Quelle billiger Arbeitskraft und als großer Absatzmarkt für westliche Waren angesehen, also als Peripherie des Weltwirtschaftssystems. Der Westen vergibt Kredite nicht mit dem Ziel, in Zukunft Konkurrenten zu bekommen. Die Kredite werden mit Forderungen verbunden, deren Realisierung eine neue Instabilität verursacht. Erst jetzt – nach bitteren Erfahrungen – beginnt die ukrainische Elite die Kompliziertheit der Beziehungen zu Europa zu begreifen.⁹

Die Ukraine braucht zwar westliche Technologien, westliche Erfahrung, gleichberechtigte Partnerschaft im Wirtschaftsbereich. Sie ist jedoch nicht stark genug, um aus eigener Kraft den Kapitalismus westlicher Prägung aufzubauen. Die kapitalistische Wirtschaft kann Medvedčuk zufolge die Ukraine nur als Objekt der Expansion des internationalen Kapitals und als Rohstoffanhängsel integrieren.¹⁰

Die Rechten und Rechtszentristen treten für eine möglichst rasche Integration in den Westen ein. Der "Weg nach Europa" scheint diesem Teil der ukrainischen Elite nur durch die Distanzierung von Rußland möglich ("weg von Rußland"). Da sie in Rußland eine Gefahr für die territoriale Integrität der Ukraine sehen, wollen sie Kontakte jeder Art minimieren und die Westintegration der Ukraine beschleunigen. Die politischen Parteien des rechten Spektrums (KUN, URP und UKRP) sind meistens klein und nur in der Westukraine relevant. Die stärkste rechtszentristische Partei der Ukraine, die Ruch, wurde nicht nur durch die Spaltung im März 1999, sondern auch den kurz darauf erfolgten Unfalltod des charismatischen NRU-Vorsitzenden, *Vjačeslav Čornovil*, entscheidend geschwächt.

Ebenso wie die Linken sind sich die Rechten und Rechtszentristen ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen nicht einig, was die Aufstellung eines einheitlichen Kandidaten angeht. Als ein wahrscheinlicher Kandidat unter vielen gilt der parteilose Ex-Premier *Jevhen Marčuk*, der über die SDPU(o)-Wahlliste im März 1998 ins Parlament kam. Seine außenpolitischen Ansichten sind von eigennützigem Pragmatismus geprägt. Die Partnerschaft mit Rußland bezeichnet er als eher erzwungen als gewünscht. Der Grund: Sie bringt der Ukraine keine wirtschaftliche Dividende. Da der Einfluß Rußlands abnehme, versuchten die postsowjetischen Staaten, sich nach Westen umzuorientieren, weil dies wirtschaftliche Vorteile mit sich bringe. Im Gegensatz zu Rußland, das

⁸ Urjadovyj kur'jer, 3.11.1988, S. 4.

⁹ Holos Ukrajinjy, 25.12.1998, S. 3-4.

¹⁰ Zerkalo nedeli, 11.1999, S. 4.

selbst von Finanzspritzen der Weltbank und des IWF lebe, sei der Westen in der Lage, die nötigen Finanzmittel für diese Länder bereitzustellen. Die Beziehungen zu Rußland müßten auf ökonomischer Vernunft basieren. "Wozu brauchen wir die globale Partnerschaft mit Rußland, wenn sie uns nichts bringt?" – fragt Marčuk. Nur der Westen sei imstande, in die ukrainische Wirtschaft zu investieren. Wenn dies geschehe, werde die Frage nach der geopolitischen Orientierung der Ukraine beantwortet sein. Marčuk befürwortet die "Integration in den Westen", die der Ukraine helfen wird, aus der Krise herauszukommen. Nicht Kredite, sondern Investitionen können die Ukraine vom Bankrott retten.¹¹ Diese Westorientierung Marčuks zusammen mit seinem Bemühen, der "starke Mann" zu sein (er war Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU), macht ihn trotz seiner KGB-Karriere für die Rechten (unter ihnen sind viele ehemalige Dissidenten) wählbar. Für die ukrainischen Rechten und Rechtszentristen bedeutet der "Weg nach Europa" den Weg zu Wohlstand und Demokratie; sie erhoffen vom reichen Westen das, was sie vom armen Rußland nicht bekommen können: wirtschaftliche, finanzielle, technologische Hilfe und Beistand.

Außenpolitik als Kampffeld zwischen Exekutive und Legislative

Die Legislative und Exekutive in der Ukraine verfolgen seit Jahren in der Wirtschafts- und Reformpolitik einen unterschiedlichen Kurs. Seit der Wahl Tkačenkos zum VR-Vorsitzenden gehen die Positionen des Präsidenten und des Parlaments auch in der Außen- und Sicherheitspolitik immer weiter auseinander. Die Exekutive (Präsident, Präsidialadministration und Regierung sowie der RNBOU, unterstützt von den National-Demokraten und Rechten) nimmt Kurs auf die Integration in Europa, während die linksgeprägte Legislative (VR-Vorsitzender, die wichtigsten VR-Komitees, unterstützt von Linken und teilweise "Hromada") einen Kurs der Annäherung an Rußland und die GUS verfolgt.

Die Linken sind gegen die Zusammenarbeit mit der NATO und dem IWF; sie wollen die Kontakte mit dem "Westen" beschneiden. Die ukrainischen Kommunisten, die die stärkste Fraktion in der VR bilden, fordern die Kündigung der Charta 1997 über besondere Partnerschaft zwischen der Ukraine und der NATO sowie die Einstellung jeglicher Zusammenarbeit mit der Allianz. Der Erste Vize-Vorsitzende der VR, *Adam Martynjuk* (KPU), erklärte kategorisch: "Wir brauchen keine Zusammenarbeit mit der NATO".¹² Die linken Parteien kritisieren, daß der ukrainische Präsident seine Vollmachten überschreitet, indem er "im Alleingang" internationale Verträge abschließt und sie nicht der VR zur Ratifizierung vorlegt (gemeint ist die Charta über die Partnerschaft mit der NATO, die kein Vertrag im völkerrechtlichen Sinne ist und deswegen nicht der Ratifizierung durch das Parlament bedarf).

Antiwestliche Stimmungen begleiten den Kurs Tkačenkos in Richtung auf Integration der drei ostslawischen Staaten. Dank Bemühungen Tkačenkos und anderer Linker trat die Ukraine am 3. März 1999 der Interparlamentarischen Versammlung der GUS (MPA) bei. Die KPU-Fraktion blockierte seit Mitte Januar 1999 die Ratifizierung von internationalen Verträgen im Parlament, bis die VR den Beschluß über den Beitritt der Ukraine zur MPA faßte. Dieser Beitritt hat mehr symbolischen als praktischen Charakter: Für die Linken ist die MPA ein Symbol der weiteren Annäherung an Rußland, für die National-Demokraten und Rechten ein Symbol der imperialen Bestrebungen Rußlands. Die Rechten und Zentristen plädieren für einen möglichst baldigen Beitritt der Ukraine zur NATO und EU. In großrussischen Ansprüchen sehen sie die größte Gefahr für die Unabhängigkeit der Ukraine. Aus diesem Grund sind sie auch strikt gegen jegliche Annäherung der Ukraine an die Union Rußland-Belarus'.

Die Grundlagen der ukrainischen Außenpolitik sollen laut Verfassung (Art. 85, Abs. 5) vom Parlament festgelegt werden. In Wirklichkeit wird die außenpolitische Strategie vom Präsidenten und seinem Stab bestimmt. Diesen Stab bilden die Präsidialadministration und der dem Präsidenten unterstehende RNBOU. Außerdem sind die vier wichtigsten Ministerien, darunter das

¹¹ Kievskie vedomosti, 21.7.1998, S. 11.

¹² Fakty i komentarii, 25.2.1999, S. 4.

Außenministerium, dem Präsidenten direkt unterstellt. Das Parlament hat keinen direkten Einfluß auf die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik; die internationalen Verträge müssen aber vom Parlament gebilligt werden.

Das Parlament unter dem Linkspopulisten Oleksandr Tkačenko drängt darauf, eine größere Rolle bei der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik zu spielen. Der Anspruch Tkačenkos, im Namen der

Legislative die Außen- und Sicherheitspolitik zu bestimmen, stößt nicht nur auf Widerstand der Exekutive, sondern auch auf fehlende Einigkeit in der VR. Solange es im Parlament keine eindeutige Mehrheit oder stabile Koalition gibt, wird die Legislative wenig Einfluß auf die Gestaltung der ukrainischen Außen- und Sicherheitspolitik haben.

Fazit

Die proeuropäische strategische Ausrichtung ist trotz Ankündigungen der ukrainischen Politiker durch innere Reformierung und Modernisierung nicht gefestigt. Die Kluft zwischen der erfolgreichen Außenpolitik und der zurückgebliebenen Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft wird immer größer und bedrohlicher. Mit einer vernünftigen, ausbalancierten Außenpolitik und diplomatischen Mitteln allein kann die Ukraine die Integration in Europa nicht erreichen. Die ukrainische Führung kann es sich heute nicht leisten, einem der Partner den Rücken zu kehren. Unabhängig vom politischen Machtwechsel wird die Ukraine in absehbarer Zeit einen doppelgleisigen Kurs verfolgen müssen: Ein Präsident aus dem rechten Lager wird sich zum Zentrum hin bewegen müssen und angesichts der Abhängigkeit der Ukraine von Rußland einen Bruch der Beziehungen nicht riskieren können. Ein linksorientierter Präsident wird trotz möglicher prorussischer Rhetorik auf Eigenstaatlichkeit pochen und die guten Beziehungen zum Westen nicht aufs Spiel setzen.

Alexander Ott

Abkürzungsverzeichnis

KPU – Komunistyčna partija Ukrajiny (Kommunistische Partei der Ukraine)

KUN – Konhres ukrajins'kych nacionalistiv (Kongreß der ukrainischen Nationalisten)

LPU – Liberal'na partija Ukrajiny (Liberale Partei der Ukraine)

NDPU – Narodno-demokratyčna partija Ukrajiny (Volksdemokratische Partei der Ukraine)

NRU (Ruch) – Narodnyj ruch Ukrajiny (Volksbewegung der Ukraine)

PSPU – Prohresyvna socialistyčna partija Ukrajiny (Progressive Sozialistische Partei der Ukraine)

SDPU(o) – Social-demokratyčna partija Ukrajiny (objednannja) (Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine)

SelPU – Seljans'ka partija Ukrajiny (Bauernpartei der Ukraine)

SPU – Socialistyčna partija Ukrajiny (Sozialistische Partei der Ukraine)

RNBOU – Rada nacional'noji bezpeky i oborony Ukrajiny (Nationaler Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine)

UKRP – Ukrajins'ka konservatyvna respublikans'ka partija (Ukrainische Konservative Republikanische Partei)

URP – Ukrajins'ka respublikans'ka partija (Ukrainische Republikanische Partei)

VOH (Hromada) – Vseukrajins'ke objednannja "Hromada" (Allukrainische Vereinigung "Gemeinschaft")

VR – Verchovna Rada (ukrainisches Parlament)